

Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein

Kiel, 18. Dezember 2018

Referat IV 30
Kommunale Finanzen, Kommunalen Finanzausgleich, Sparkassenwesen
im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration
des Landes Schleswig-Holstein

Inhaltsverzeichnis

1. Rahmenbedingungen	3
1.1 Entwicklung 2005-2017	3
1.2 Ausblick	4
2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich.....	6
3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen.....	10
3.1 Aufgelaufene Defizite	12
3.2 Eigenkapital	13
3.3 Pensionsrückstellungen.....	14
3.4 Kreisumlagesätze	14
4. Zusammenfassung.....	16
5. Anlagenverzeichnis	18

1. Rahmenbedingungen

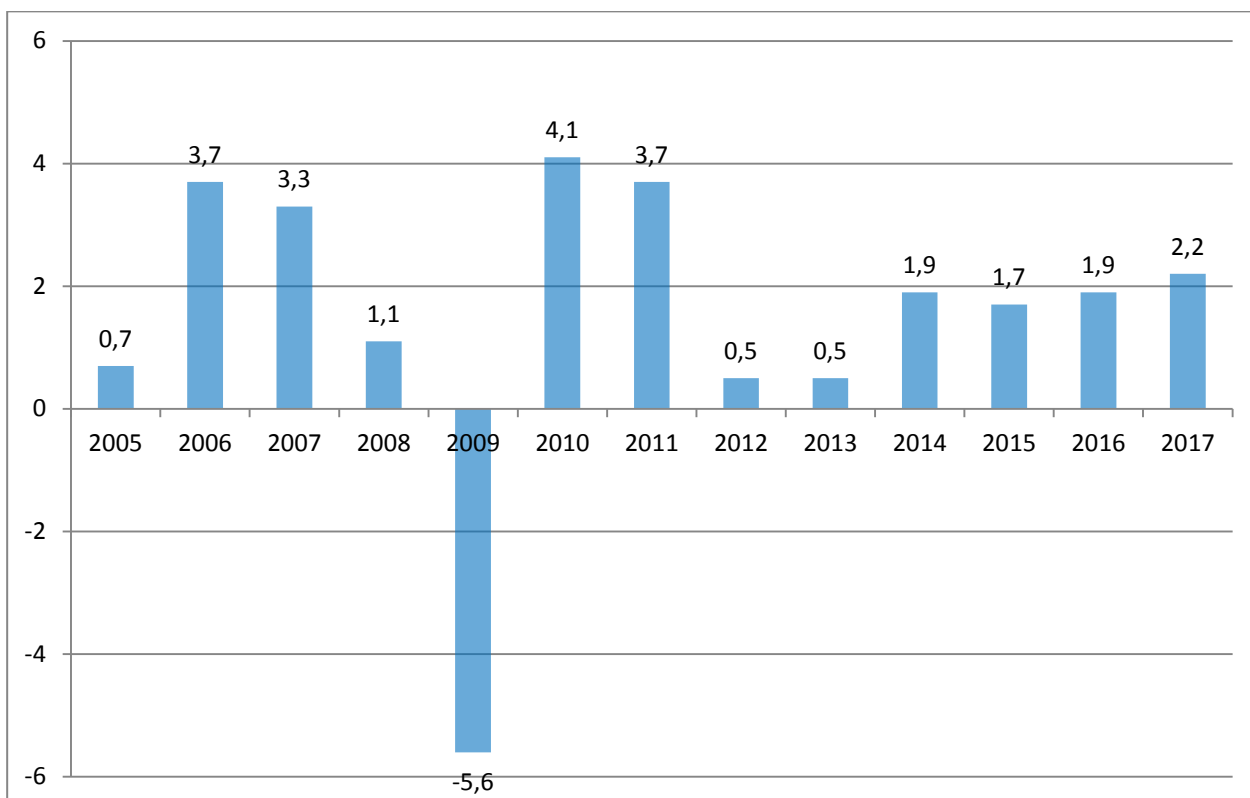
Die Finanzsituation der Kommunen wird wie die Situation aller öffentlichen Haushalte wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. So fließen bei guter Konjunktur höhere Steuereinnahmen in die öffentlichen Kassen, während gleichzeitig geringere soziale Transferleistungen aufzubringen sind. Zur Einschätzung der konjunkturellen Lage wird regelmäßig das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen.

Daneben beeinflussen besondere Maßnahmen und Entwicklungen – wie beispielsweise (Steuer-)Rechtsänderungen, Konjunkturprogramme, aber auch verstärkte Migrationsbewegungen aus Krisengebieten – unmittelbar die Lage der öffentlichen Haushalte.

1.1 Entwicklung 2005-2017

Die **konjunkturelle Entwicklung** in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2011 war **erheblichen Schwankungen** unterworfen. In den folgenden Jahren wurde konstant ein moderates Wachstum ausgewiesen:

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum Vorjahr in %¹



Nach Jahren geringen Wirtschaftswachstums und Mindereinnahmen aufgrund reduzierter Steuereinnahmen infolge geänderter Steuergesetzgebung **verbesserte** sich **ab 2006 vorübergehend** die Lage der kommunalen Haushalte durch eine spürbare konjunkturelle Erholung wie auch aufgrund der Senkung der Gewerbesteuerumlage und der Zusammenle-

¹ 2000-2016: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4, Tabellenteil 2.1.1, 2016.

gung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfeleistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende.

2008 und 2009 beeinträchtigten die heftigen Auswirkungen der **Wirtschafts- und Finanzkrise** die Finanzsituation der Kommunen. Das BIP brach im Zuge der Krise massiv ein. Der Staat setzte als Reaktion hierauf Konjunkturprogramme auf. Seit 2012 zeichnet sich eine Entspannung der Finanzsituation ab. Seit **2014** zeigte sich ein **robustes Wirtschaftswachstum**, was sich schließlich auch in den öffentlichen Haushalten positiv bemerkbar macht.

Den kommunalen Haushalten kamen und kommen darüber hinaus seit 2011 zahlreiche weitere Maßnahmen des Bundes und des Landes zu Gute. So erfolgte zuletzt Anfang 2018 eine Verständigung der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden auf ein millionenschweres Paket zur Entlastung von Städten, Kreisen und Gemeinden.

Eine große und unerwartete Herausforderung stellte ab dem zweiten Halbjahr 2015 die sprunghafte Zunahme der Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber dar. Während im Jahr 2014 noch etwa 7.600 Menschen Schutz in Schleswig-Holstein gesucht haben, waren es im Jahr 2015 über 35.000 Menschen, für die Schleswig-Holstein zuständig war. Mittlerweile sind die Zugangszahlen wieder gesunken, befinden sich aber auf einem im Vergleich zu den Jahren vor 2014 immer noch hohem Niveau. 2016 wurden noch knapp 10.000, 2017 rd. 5.200 Asylsuchende in Schleswig-Holstein registriert. Die weitere Zugangsentwicklung ist sehr schwierig zu prognostizieren.

Land und Kommunen befinden sich fortlaufend im Dialog über die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Zugang von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Als Fortführung/Ergänzung der bisher geleisteten umfangreichen Unterstützung hat das Land mit den kommunalen Landesverbänden am 11. Januar 2018 eine weitere Vereinbarung geschlossen, mit der ein fairer Ausgleich zwischen Land und Kommunen angestrebt wird. Die kommunale Finanzentwicklung seit 2015, auf die in diesem Bericht noch näher eingegangen wird, mag ein Beleg dafür sein, dass dieser faire Ausgleich tatsächlich gelungen ist.

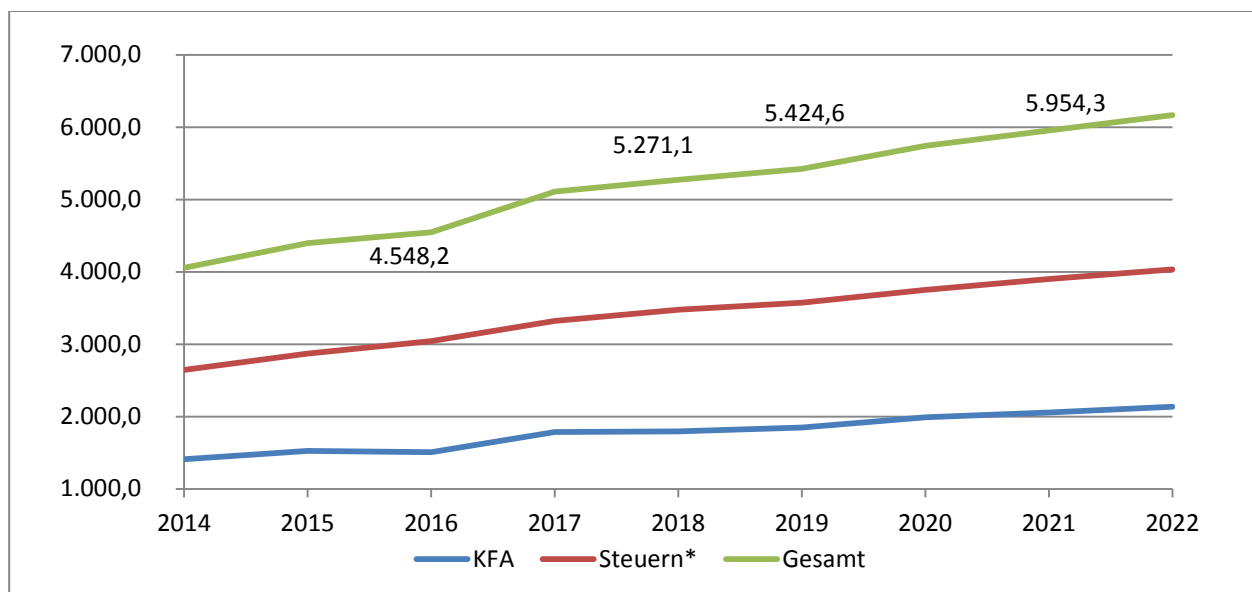
1.2 Ausblick

Nach der aktuellen **Steuerschätzung** von **Oktober 2018** ergibt sich aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Lage bei Bund, Ländern und Kommunen auch in den nächsten Jahren ein Anstieg der Steuereinnahmen. Trotz der etwas schwächeren Konjunkturerwartungen, insbesondere in diesem Jahr, bleiben die Steuereinnahmen gegenüber der Schätzung vom Mai 2018 auf hohem Niveau. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet verglichen mit der Steuerschätzung vom Mai 2018 für 2018 mit 3,2 Milliarden Euro höheren Steuereinnahmen, im Jahr 2019 wird ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung um ca. 2,3 Milliarden Euro prognostiziert. Die Schätzungen für die Jahre 2020-2022 weisen dann wiederum höhere Steueraufkommen im Vergleich zum Schätzergebnis vom Mai 2018 aus. Das Jahr 2023 wurde erstmalig geschätzt. Auch für 2023 wird ein weiterer Anstieg der Steuereinnahmen erwartet.²

² Vgl. Ergebnis der 154. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 25.10.2018.

Für dieses und nächstes Jahr wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,8% erwartet. Die Gesamteinnahmen der Kommunen in Schleswig-Holstein sollen 2019 gegenüber 2018 weiter steigen, und zwar von 5.271,1 Mio. € um 153,5 Mio. € oder 2,9 % auf 5.424,6 Mio. € (vgl. Anlage 1). In den kommenden Jahren wird dann mit einem Rückgang der Einnahmeerwartungen gegenüber der Mai-Schätzung gerechnet. Insgesamt wird das Einnahmenniveau von 5.271,1 Mrd. Euro auf 6.391,4 Mrd. Euro in 2023 ansteigen. Es wird davon ausgegangen, dass absehbare Gesetzesvorhaben dazu führen werden, dass die Einnahmeerwartungen im Rahmen der nächsten Steuerschätzung eher gedämpft werden.

Einnahmeentwicklung der schleswig-holsteinischen Kommunen in Mio. €



* einschl. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Familienleistungsausgleich, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer und sonstige Gemeindesteuern.

Drei schleswig-holsteinische Kreise hatten gegen das Gesetz zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs kommunale Verfassungsbeschwerde erhoben. Daneben hatten die CDU-Landtagsfraktion, die FDP-Landtagsfraktion sowie die Piratenfraktion im 18. Schleswig-Holsteinischen Landtag einen Normenkontrollantrag gestellt. Das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht hat am 27. Januar 2017 durch Urteil entschieden, dass das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich bis zum Finanzausgleichsjahr 2021 in Teilen nachgebessert werden muss (LVerfG 5/15). Bis dahin bleiben die in Rede stehenden Regelungen weiter anwendbar.³

Zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ist im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden und dem Finanzministerium ein umfangreiches Gutachten in Auftrag gegeben worden. Nach Durchführung eines EU-weiten Vergabeverfahrens wurde im August 2018 ein Vertrag mit dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo) geschlossen. Das Gutachten soll bis Ende März 2019 vorliegen, danach erfolgt die Auswertung und Bewertung. Bis zum Ende des Jahres 2019 soll ein erster Gesetzentwurf erarbeitet werden, so dass zum 1. Januar 2021 das weiterentwickelte Finanzausgleichsgesetz in Kraft treten kann.

³ Vgl. www.schleswig-holstein.de → Themen & Aufgaben → Kommunales → Kommunale Finanzen → Der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein → Bedarfsgerechte Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs

Die Ergebnisse des politischen Verhandlungsprozesses – nicht zuletzt über die Bedingungen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen – des Vereinigten Königreichs mit der EU lassen sich derzeit schwer prognostizieren. Erst in Kenntnis der entsprechenden Entscheidungen lassen sich seriös unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkungen auf einzelne Kommunen bzw. die Gesamtheit der Kommunen in Schleswig-Holstein abschätzen. Im Anschluss an eine dann erforderliche Folgeabschätzung für Land und Kommunen können konkrete Strategien entwickelt werden, um den Folgen zu begegnen. Hierbei gilt weiterhin, dass die Landesregierung die Kommunen fair behandelt und bei entsprechenden Herausforderungen gemeinsam nach Lösungen sucht.

2. Kommunale Finanzsituation im Vergleich

Für den Vergleich der kommunalen Finanzsituation liegen statistische Vergleichswerte anderer Bundesländer vor. Insbesondere eignet sich ein Vergleich mit den bundesdeutschen Flächenländern.

Regelmäßig statistisch ermittelt werden beispielsweise:

- Kassenkredite der Kernhaushalte (Anlage 4)
- Schulden der Kernhaushalte (Anlage 5)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte (Anlage 6)
- Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte (Anlage 7)
- Finanzvermögen einschließlich Extrahaushalte (Anlage 8)
- Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Anlage 9)
- Hebesätze der Realsteuern – Realsteuervergleich (Anlage 10)

Hierzu ist anzumerken: Durch die in Schleswig-Holstein bereits zweimal eröffnete Möglichkeit, Kassenkredite durch Kredite abzulösen, ist der Zusammenhang zwischen Kassenkrediten und der Höhe der nicht abgedeckten Fehlbeträge nicht mehr uneingeschränkt herstellbar. Dies mindert den Aussagewert der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite und Schulden. Daher sollte vorrangig auf die Gesamtverschuldung abgestellt werden.

Hinzu kommt, dass durch Ausgliederung kommunaler Einrichtungen Schulden vielfach nicht mehr in den Kernhaushalten der Kommunen, sondern in Extrahaushalten und bei sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nachgewiesen werden. Daher gewinnt eine Gesamtbetrachtung an Bedeutung.

Die Extrahaushalte bilden nach dem Schalenkonzept der Finanzstatistik zusammen mit den Kernhaushalten den „öffentlichen Gesamthaushalt“. Sie sind definiert als

- institutionelle Einheiten (Merkmal: Entscheidungsfreiheit und vollständiges Rechnungswesen)

- die von Kommunen kontrolliert werden (mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte) und
- bei denen es sich um Nichtmarktproduzenten (nicht mehr als 50 % der Produktionskosten werden durch Umsätze gedeckt) oder Hilfsbetriebe (erwirtschaften ihre Umsätze größtenteils mit dem öffentlichen Bereich) handelt.

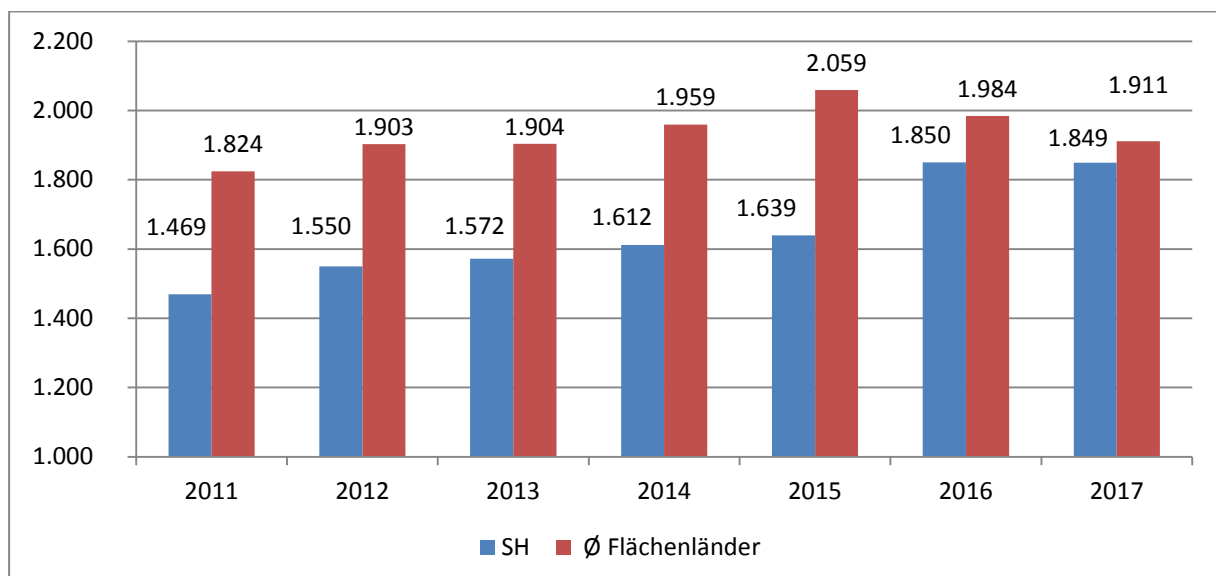
Nicht zu den Extrahaushalten zählen z. B. überwiegend Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen sowie Ver- und Entsorgungsunternehmen (Marktproduzenten).

Beeinträchtigt wird die Kennzahl Kassenkredite dadurch, dass statistisch bei der Darstellung des Schuldenstands seit 2016 die Finanzbeziehungen zwischen Ämtern und amtsangehörigen Bereich eingeflossen sind. Hierbei werden entgegen den landeshaushaltsrechtlichen Vorschriften liquide Mittel der amtsangehörigen Gemeinden bei den Ämtern statistisch als Kassenkredite ausgewiesen. Korrekt würden ohne diesen statistischen Sondereffekt die Kassenkredite und damit die Gesamtverschuldung der Kommunen in Schleswig-Holstein im Jahr 2017 um rd. 223 € pro Einwohner niedriger ausgewiesen werden.

Fazit: Die Kennzahl **Kassenkredite und Schulden (Gesamtverschuldung) der Kernhaushalte einschließlich Extrahaushalte** gibt trotz der o. g. Beeinträchtigung ein umfassenderes Bild über die Finanzsituation der Kommunen, als es die begrenzte Betrachtung der Kernhaushalte bzw. der einzelnen Kennzahlen Kassenkredite oder Schulden erlaubt. Diese Kennzahl ist detailliert in der Anlage 7 dargestellt und wird im Folgenden betrachtet:

Die kommunale Gesamtverschuldung je Einwohner ist in Schleswig-Holstein erfreulicherweise weiterhin vergleichsweise niedrig. So belief sich 2017 die kommunale Gesamtverschuldung in Schleswig-Holstein auf 1.849 € pro Einwohner. Die durchschnittliche kommunale Gesamtverschuldung aller Flächenländer lag dagegen bei 1.911 € pro Einwohner. Die geringe Veränderung in Schleswig-Holstein entgegen dem Bundestrend ist im Wesentlichen auf die oben dargestellte Beeinträchtigung durch statistische Kassenkredite zurückzuführen.

Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich Extrahaushalte in € Einwohner



Die schleswig-holsteinischen Kommunen stehen damit auch 2017 hinsichtlich der Gesamtverschuldung pro Einwohner insgesamt besser da als die Kommunen in den Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

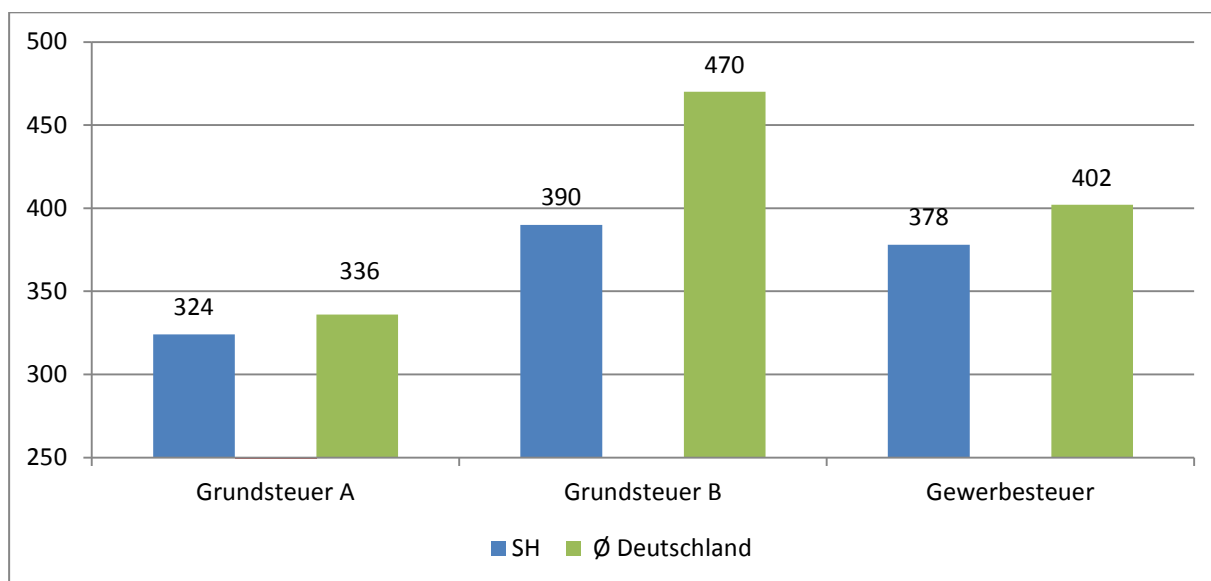
Die schleswig-holsteinischen Kommunen schnitten 2017 schlechter ab als die Kommunen in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen sowie in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Weitere wichtige Größen zur Beurteilung der Finanzlage von Kommunen stellen die Hebesätze der Kommunen für die Realsteuern dar. Der Realsteuervergleich ermöglicht auf Basis gewogener Durchschnittshebesätze einen Vergleich mit Kommunen anderer Länder. Diese Vergleiche sind Gradmesser für die Ausschöpfung von Gestaltungsmöglichkeiten bei den Realsteuerhebesätzen und zeigen mögliche Entlastungspotentiale für Kommunen auf.

Im **Realsteuervergleich 2017** der Anlage 10 zu diesem Bericht liegt nach wie vor der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein in allen drei Steuerarten deutlich unter dem gewogenen Durchschnittshebesatz für Deutschland insgesamt.

Bei der Grundsteuer B hat kein anderes Bundesland einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz als die schleswig-holsteinischen Kommunen. Bei der Gewerbesteuer haben fünf Bundesländer einen niedrigeren gewogenen durchschnittlichen Hebesatz.

Realsteuervergleich 2017



Hätten die Kommunen in Schleswig-Holstein 2017 bei der Grundsteuer A einen Durchschnittshebesatz wie die Kommunen der Flächenländer gehabt, hätten sich Mehreinnahmen von 0,8 Mio. € ergeben. Bei der Grundsteuer B wären es 88,4 Mio. € und bei der Gewerbesteuer 79,7 Mio. € gewesen.

Unabhängig von vorhandenen Haushaltskonsolidierungsmöglichkeiten bei den Aufwendungen sind also zusätzliche **Ertragspotentiale** für schleswig-holsteinische Kommunen grundsätzlich gegeben. Einige Kommunen haben dies erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Die aktuellen einzelnen Steuersätze der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner sowie der Konsolidierungskommunen ergeben sich aus der Anlage 12 zu diesem Bericht.

Nach Auswertung der übrigen oben genannten Kennzahlen haben schleswig-holsteinische Kommunen 2015 im Vergleich aller Flächenländer des Weiteren

- **deutlich geringere** Kassenkredite pro Einwohner in den **Kernhaushalten**,
(Anlage 4)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2017	416 €	604 €
2016	411 €	652 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung von rd. 223 € pro Einwohner bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2017 – siehe oben)

- **etwas höhere** Schulden pro Einwohner in den **Kernhaushalten**,
(Anlage 5)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2017	1.218 €	1.062 €
2016	1.233 €	1.078 €

- eine **etwas geringere** Gesamtverschuldung pro Einwohner in den **Kernhaushalten**,
(Anlage 6)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2017	1.633 €	1.666 €
2016	1.644 €	1.729 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung von rd. 223 € pro Einwohner bei Kommunen in Schleswig-Holstein 2017 – siehe oben)

- ein **geringeres** Finanzvermögen pro Einwohner **einschließlich Extrahaushalte**,
(Anlage 8)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2017	1.840 €	3.208 €
2016	1.671 €	3.024 €

(Achtung: Statistische Beeinträchtigung wirkt sich auch hier bei Kommunen in Schleswig-Holstein aus, allerdings verteilt sich diese auf die Jahre 2016 und 2017)

- eine **geringere** Bürgerschaftssumme pro Einwohner.
(Anlage 9)

	Kommunen in Schleswig-Holstein	Kommunen der Flächenländer
2017	108 €	349 €
2016	133 €	362 €

3. Bewertung der kommunalen Finanzsituation in Schleswig-Holstein anhand weiterer Kennzahlen

Die Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen innerhalb Schleswig-Holsteins kann anhand weiterer **Kennzahlen** beurteilt werden. Hinsichtlich der Ermittlung der Kennzahlen und deren Validität gilt es jedoch zu **beachten**:

Bis 2006 galt für alle Kommunen mit der **Kameralistik** ein einheitliches Haushaltsrecht in Schleswig-Holstein. Seit 2007 ist es den Kommunen überlassen, alternativ ein **doppisches**

Rechnungswesen anzuwenden (Wahlfreiheit)⁴. Mit dem System der doppelten Buchführung soll ein realitätsnaher Ressourcenverbrauch dargestellt werden.

Seit 2007 hat die Anzahl der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, kontinuierlich zugenommen. Zum Jahr 2017 haben über 75 % aller hauptamtlichen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein ihr Haushaltsrecht auf die Doppik umgestellt, darunter alle Kreise und kreisfreien Städte sowie 16 der 17 kreisangehörigen Städte, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration unterstehen. Ab dem Jahr 2019 wird auch die Stadt Rendsburg die Doppik anwenden.

Die **Umstellung auf die Doppik** verlief vor Ort nicht überall völlig reibungslos. Dies hat zur Folge, dass bei einigen Kommunen partiell **aktuelle Jahresabschlüsse fehlen**. Der Aufholprozess ist mittlerweile weit vorangeschritten. Allerdings beruhen die Angaben in der Anlage 2 zu Jahresergebnissen und aufgelaufenen Defiziten insbesondere für 2017 bei den kreisangehörigen Städten über 20.000 Einwohnern bei knapp der Hälfte noch auf **Sollzahlen** der Haushaltspläne. Diese Zahlen waren nach der bisherigen Erfahrung häufig deutlich pessimistischer als die späteren tatsächlichen Ergebnisse. Es ist daher anzunehmen, dass die in der Anlage 2 enthaltenen (Soll-) Zahlen sich noch deutlich verbessern. Nicht zuletzt deuten aktuelle Verlautbarungen der Kommunen z. B. im Rahmen der Berichterstattung zur Konsolidierungshilfe erfreulicherweise auf z. T. erhebliche Verbesserungen hin. Dies gilt es bei der Interpretation der Angaben in der Anlage 2 zu berücksichtigen.

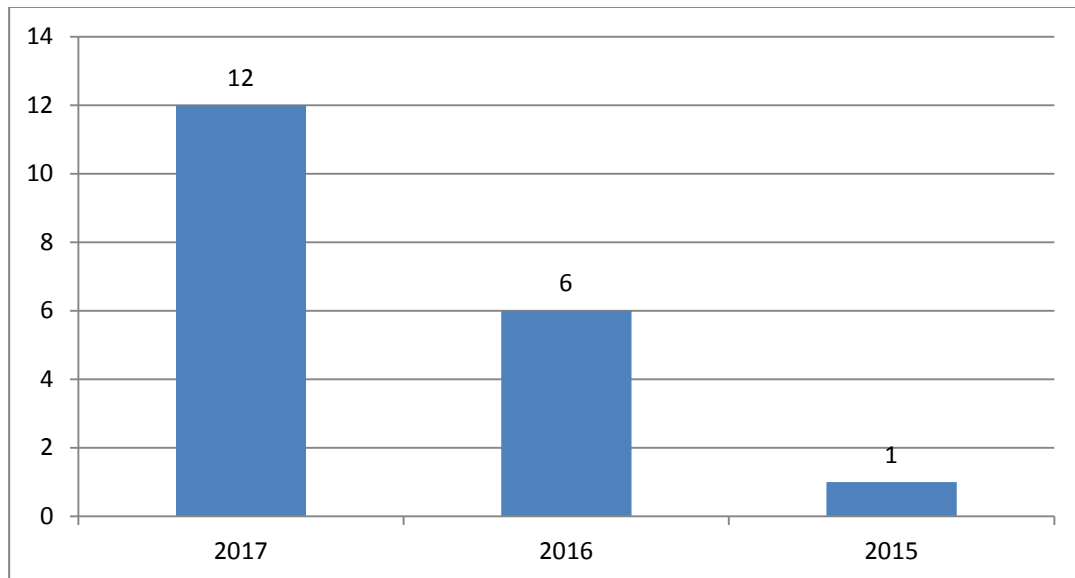
Der Aussagegehalt der **Kennzahlen** zum **Eigenkapital** (Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme) ist ebenfalls wegen der nicht vollständig vorliegenden Datengrundlage im Zusammenhang mit noch ausstehenden Jahresabschlüssen beeinträchtigt.

Dies lassen die Kommunalaufsichtsbehörden im Übrigen nicht unberücksichtigt. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration erwartet daher für die Haushaltsgenehmigungen 2019 von den 32 betroffenen Kommunen, die seiner Aufsicht unterstehen, vorliegende Jahresabschlüsse bis einschließlich 2017. Das Nichtvorliegen von Jahresabschlüssen für Vorjahre kann dazu führen, dass eine Genehmigung für genehmigungspflichtige Festsetzungen in der Haushaltssatzung von der Kommunalaufsichtsbehörde nicht erteilt werden kann.⁵ Die betroffenen Kommunen bleiben auch in Zukunft aufgefordert, mit Nachdruck die noch ausstehenden Jahresabschlüsse zu erstellen.

⁴ Neben Schleswig-Holstein haben lediglich die Kommunen in Bayern, Thüringen und – befristet – Baden-Württemberg eine Wahlfreiheit. In allen übrigen Flächenländern ist ausschließlich ein doppisches Rechnungswesen anzuwenden.

⁵ Vgl. Ziff. 1.3.2 des Haushaltserlasses 2018 vom 14. September 2018, www.schleswig-holstein.de → Themen & Aufgaben → Kommunales → Kommunale Finanzen → Finanzsituation der Kommunen, Haushaltserlass.

Anzahl fehlender Jahresabschlüsse bis einschließlich 2017 von den 31 doppisch buchenden Kommunen unter der Kommunalaufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration



Des Weiteren gilt es zu beachten, dass das (aufgelaufene) Defizit in **Doppik** und **Kameralistik** auf unterschiedlichen Größen beruht.

Bei dem weit überwiegenden Anteil der Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft bereits auf die **Doppik** umgestellt haben, ergibt sich das **aufgelaufene Defizit** aus dem aufgelaufenen Defizit zum Ende des Jahres vor der Umstellung auf die Doppik zuzüglich der nach der Umstellung auf die Doppik erwirtschafteten Jahresfehlbeträge und abzüglich der erwirtschafteten Jahresüberschüsse in der **Ergebnisrechnung**. In der Ergebnisrechnung werden im Gegensatz zur Kameralistik **Erträge und Aufwendungen** abgebildet.

Ein **Defizit** im **kameralen Sinn** entsteht immer dann, wenn der so genannte **freie Finanzspielraum negativ** ist – also dann, wenn der **Saldo der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts** negativ ist. Die Defizite müssen spätestens im übernächsten Haushaltsjahr abgedeckt werden, auch wenn hierdurch wieder ein neues Defizit erwirtschaftet wird oder sich ein vorhandenes Defizit erhöht. Das aufgelaufene Defizit im kameralen Sinn besteht daher aus der Summe der negativen freien Finanzspielräume der beiden Vorjahre und gibt an, in welcher Höhe in den Vorjahren Defizite erwirtschaftet worden sind, die nicht durch Überschüsse ausgeglichen werden konnten.

Auf den Ausweis der Summen in der Anlage 2 wird für die Jahre 2010 bis 2017 aufgrund der vorgenannten Ausführungen teilweise verzichtet.

3.1 Aufgelaufene Defizite

Für die **aufgelaufenen Defizite** gibt es **keine amtliche Statistik**. Das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration hat hierzu eigene Erhebungen angestellt. Wenn auch die Daten zu den aufgelaufenen Defiziten aufgrund der vorgenannten Einschränkungen nur vorsichtig verwendet werden dürfen, so zeichnet sich doch die folgende Entwicklung ab:

Im Jahr 2014 konnten neun, 2015 zehn von elf **Kreisen** ein positives Jahresergebnis verzeichnen. Dementsprechend haben die Kreise insgesamt ihre **aufgelaufenen Defizite** von -188 Mio. € 2013 über -128 Mio. € 2014 auf -75 Mio. € im Jahr 2015 **deutlich reduziert**. In diesem Zeitraum sind die Kreise der Finanzentwicklung der übrigen Kommunalgruppen vorangeschritten. Zwar setzte sich dieser Trend bei den Kreisen im Jahr 2016 nur eingeschränkt fort, dafür können allerdings im Jahr 2017 voraussichtlich alle aufgelaufenen Defizite bei dieser Kommunalgruppe abgebaut werden. Hier bleibt jedoch die Vorlage der drei noch ausstehenden Jahresabschlüsse abzuwarten.

Bei den **kreisfreien Städten** ist ab 2015 erstmals seit 2008 ein Abbau der aufgelaufenen Defizite zu verzeichnen. 2015 konnten bereits drei der vier kreisfreien Städte Überschüsse erwirtschaften. Lediglich die Stadt Kiel weist noch ein Defizit aus. Diese positive Entwicklung setzt sich in den beiden Folgejahren fort. 2016 erzielten Kiel, Neumünster und Lübeck und 2017 alle vier kreisfreien Städte zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse. Für einen weiteren signifikanten Abbau der enorm hohen aufgelaufenen Defizite sind entsprechende Ergebnisse auch in den kommenden Jahren erforderlich.

Bei den **kreisangehörigen Städten**, die der Aufsicht des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration unterstehen, liegen für die Jahre bis 2017 zahlreiche Jahresabschlüsse noch nicht vor. Der bei den Kreisen und kreisfreien Städten zu beobachtende Trend kann auf Basis der vorliegenden (Soll-)Daten bei den kreisangehörigen Städten noch nicht festgestellt werden. Hier bleibt die tatsächliche Entwicklung abzuwarten.

Bei den fünf **Konsolidierungskommunen unter 20.000 Einwohner** liegen bis einschließlich 2017 alle Jahresabschlüsse vor: Auch hier ist ein signifikanter **Abbau der aufgelaufenen Defizite** zu verzeichnen.

Im Jahr 2014 sind die aufgelaufenen Defizite bei den betrachteten Kommunen insgesamt noch leicht angestiegen. Der wesentliche Anteil entfiel dabei auf eine kreisfreie Stadt. Obwohl die Kommunen 2015 den hohen Zustrom an Schutzsuchenden zu bewältigen hatten, reduzierte sich in diesem Jahr bereits der Bestand an den in Vorjahren aufgelaufenen Defiziten bei den Kommunen in Schleswig-Holstein erstmals seit 2008 wieder. Im Jahr 2016 setzt sich dieser Trend fort. Ab dem Jahr 2017 gelingt dann sogar ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein.

3.2 Eigenkapital

Das Eigenkapital einer Kommune besteht aus den Bilanzpositionen Allgemeine Rücklage, Sonderrücklage, Ergebnissrücklage, vorgetragener Jahresfehlbetrag und Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (§ 48 GemHVO-Doppik). Die Entwicklung des Eigenkapitals zeigt, ob es der Kommune gelingt, ihr Nettovermögen zu erhöhen. Ziel der Kommune muss es sein, ihr Eigenkapital stetig zu erhöhen, da sowohl durch die Preissteigerung als auch durch erhöhte Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft an die öffentliche Infrastruktur ein stetig sich erhöhendes Anlagevermögen der Kommune zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Nur wenn das Eigenkapital ebenfalls entsprechend zunimmt, kann das Verhältnis der Finanzierung des Vermögens der Kommune durch Eigenkapital und Fremdkapital gewahrt werden. Die Entwicklung des Anteils des Eigenkapitals an der Bilanzsumme im Laufe der Jahre zeigt, ob dies der Kommune gelungen ist.

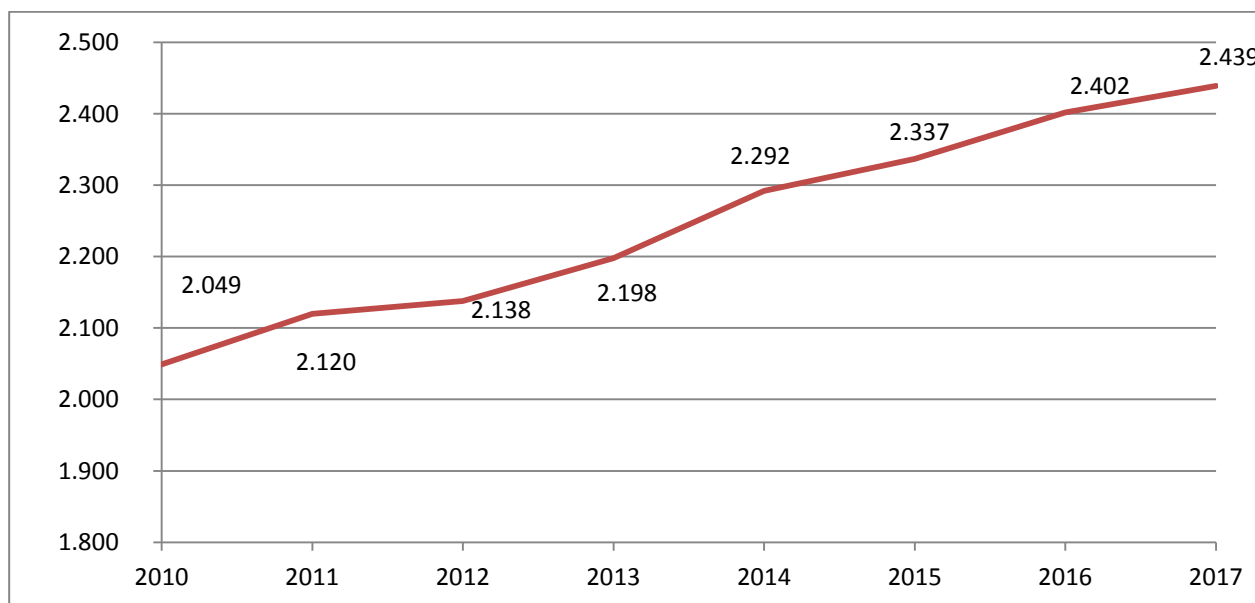
Die Eigenkapitalausstattung ist in Anlage 3 dargestellt. Sie beruht auf einer Auswertung von im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration vorliegenden Jahresabschlüssen. Auch wenn aufgrund fehlender aktueller Angaben zur Eigenkapitalausstattung teilweise nicht gemacht werden können, wird deutlich, dass die Eigenkapitalausstattung der Kommunen sehr heterogen ist.

3.3 Pensionsrückstellungen

Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Periodengerechtigkeit spielt auch die Entwicklung der Pensionsrückstellungen bei der Beurteilung der finanziellen Situation der Kommunen eine Rolle. Die Pensionsrückstellungen sind zwar heute noch nicht zahlungswirksam, gleichwohl stellen sie finanzielle Verpflichtungen dar. Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen beeinflussen die Jahresergebnisse.

Die Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen haben sich in den Jahren 2010 bis 2017 kontinuierlich erhöht:⁶

Entwicklung der Pensionsrückstellungen der schleswig-holsteinischen Kommunen von 2010-2017



3.4 Kreisumlagesätze

Die elf Kreise in Schleswig-Holstein sind umlagefinanzierte Gebietskörperschaften. Soweit die sonstigen Einnahmen oder Erträge und Einzahlungen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (vgl. § 19 Absatz 1 FAG).⁷ Die Kreisumlage ist somit ein wesentliches Finanzierungsinstrument der Kreise. Bis 2014 hatten die Kreise die Möglichkeit, neben der allgemeinen Kreisumlage auch eine Zusatzkreisumlage von abundanten Gemeinden zu erheben. Mit der Reform des kommunalen Finanzausgleiches zum Jahr 2015 ist auch das Instrument der Kreisumlage

⁶ Seit 2014 einschließlich kommunaler Zweckverbände

⁷ Art. 1 des Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vom 10. Dezember 2014 (GVBl. Schl.-H. S. 473)

modifiziert worden. Dabei wurde die Zusatzkreisumlage zugunsten einer Stärkung der Finanzausgleichsumlage (vgl. § 21 FAG) gestrichen.

Die Entwicklung des gewogenen durchschnittlichen Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage ist in der Anlage 11 dargestellt.

In den vergangenen zehn Jahren ist dieser durchschnittliche Umlagesatz nach einem zwischenzeitlich erfolgten moderaten Anstieg wieder leicht zurückgegangen (35,13 % 2008;- 34,77 % 2018).

4. Zusammenfassung

Nach der aktuellen **Steuerschätzung** von **Oktober 2018** ergibt sich aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Lage bei Bund, Ländern und Kommunen auch in den nächsten Jahren ein Anstieg der Steuereinnahmen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet im Jahr 2018 verglichen mit der Steuerschätzung vom Mai 2018 mit 3,2 Milliarden Euro höheren Steuereinnahmen. Mit Ausnahme des Jahres 2019, in dem ein Rückgang der Steuereinnahmen gegenüber dem Schätzergebnis vom Mai 2018 prognostiziert wird, wird auch in den Jahren 2020 bis 2022 das Steueraufkommen insgesamt über dem Schätzergebnis vom Mai 2018 liegen.⁸ Für das Jahr 2018 und 2019 wird ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % erwartet. Die **Gesamteinnahmen** der Kommunen in Schleswig-Holstein **steigen** 2019 gegenüber 2018 von 5.271,1 Mio. € um 164,2 Mio. € oder 2,3 % auf 5.424,6 Mio. €. Für die kommenden Jahre wird dann mit einem Rückgang der Einnahmeerwartungen gegenüber der Mai-Schätzung gerechnet. Absehbare Gesetzesvorhaben können zudem dazu führen, dass die Einnahmeerwartungen im Rahmen der nächsten Steuerschätzung eher gedämpft werden.

Darüber hinaus verfügen schleswig-holsteinische Kommunen über weitere denkbare **Möglichkeiten**, ihre **Einnahmen** zu steigern. Im **Realsteuervergleich 2017** liegt der gewogene durchschnittliche Hebesatz in Schleswig-Holstein sowohl bei der Grundsteuer A und B wie auch bei der Gewerbesteuer traditionell deutlich unter den gewogenen durchschnittlichen Hebesätzen der Kommunen in den bundesdeutschen Flächenländern.

Hinsichtlich der **Gesamtverschuldung** pro Einwohner in den Kernhaushalten einschließlich der Extrahaushalte ist zu konstatieren, dass die Kommunen in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den bundesdeutschen Flächenländern eine niedrigere Verschuldung aufweisen. In Schleswig-Holstein belief sich 2017 die kommunale Gesamtverschuldung durchschnittlich auf 1.849 € pro Einwohner, während der Durchschnitt der Kommunen der Flächenländer mit 1.911 € pro Einwohner höher lag.

Die hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein können seit ca. zwei Jahren sukzessive abgebaut werden. Insbesondere die Kreise können 2017 voraussichtlich alle aufgelaufenen Defizite abbauen, bei den vier kreisfreien Städten werden im Jahresabschluss 2017 zum Teil beachtliche Jahresüberschüsse ausgewiesen, so dass auch hier ein weiterer Abbau der Defizite erreicht werden kann. Lediglich bei den kreisangehörigen Städten, die der Aufsicht des Ministeriums unterstehen, ist dieser Trend auf Basis der Plan-Zahlen noch nicht zu erkennen. Die tatsächliche Entwicklung bleibt abzuwarten. Insgesamt ist ab dem Jahr 2017 ein signifikanter Abbau der hohen aufgelaufenen Defizite der Kommunen in Schleswig-Holstein zu verzeichnen.

Trotz – oder besser wegen – der aktuellen Herausforderungen darf das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht vernachlässigt werden. Dem Abbau der aufgelaufenen Defizite muss im Interesse der nachfolgenden Generationen weiterhin eine hohe Priorität eingeräumt werden. Spürbare Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung sind bei einer Reihe von Kommunen bereits zu verzeichnen.

⁸ Vgl. Ergebnis der 154. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ und Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 25.10.2018.

Voraussetzungen für eine notwendige Fortsetzung dieser positiven Entwicklung auch 2019 sowie in den Folgejahren sind neben einem weiterhin verantwortungsbewussten Umgang der Entscheidungsträger vor Ort auch das Anhalten der günstigen konjunkturellen Rahmen- sowie attraktiven Zinsbedingungen an den Finanzmärkten.

5. Anlagenverzeichnis

- 1 Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern
- 2 Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse und aufgelaufenen Defizite in Mio. €
- 3 Eigenkapital und Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme
- 4 Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 5 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 6 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer
- 7 Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 8 Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände der Flächenländer einschließlich Extrahaushalte
- 9 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleitungen der Gemeinden und Gemeindeverbände
- 10 Realsteuervergleich 2016
- 11 Entwicklung der Umlagesätze für die Kreisumlage
- 12 Steuersätze der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner und Konsolidierungskommunen

Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern (in Mio. €)

Jahr	Verbund- quote	Festgesetzte Finanzaus- gleichsmasse	darin Abrechnung (einschl Familienleistungsausgleich - FLA)			Veränd. Sp. 2 + / - Vorjahr	Gemeindeant. Einkommst.	Familien- leistungsausgl.	Summe Sp. 5 + 6	Veränd. Sp. 7 + / - Vorjahr	Gemeindeant. Umsatzsteuer	Veränd. Sp. 9 + / - Vorjahr
			Gesamt	"normal"	Aufteilung							
	1	2	3	3	4	5	6	7	8	9	10	
2015	17,83 ¹⁷	1.526,6 ¹	(+62,3) M	(+58,8)	(+3,5)	+115,3	1.126,0 ²	102,5 ¹	1.228,5	+74,3	121,1 ²	+15,3
2016	17,83 #	1.505,6	(-39,4) N	(-39,4)	0	-21,0	1.163,8	107,5	1.271,3	+42,8	126,1	+5,0
2017	17,83 ¹⁹	1.787,9	(+151,8) O	(+61,8)	(+90,0)	+282,3	1.256,7	112,0	1.368,7	+97,4	155,4 ¹⁸	+29,3
2018	17,83 ¹⁹	1.794,3	(+37,3) P	(+19,5)	(+17,8)	+6,4	1.322,0	114,2	1.436,2	+67,5	196,0	+40,6
2019	17,83 ¹⁹	1.849,8	(-0,8) Q	(-0,8)	0	+55,5	1.396,0	120,2	1.516,2	+80,0	193,0	-3,0
2020	17,83 ¹⁹	1.988,6	0	0	0	+138,8	1.484,0	0,0	1.484,0	-32,2	199,0	+6,0
2021	17,83	2.054,7	0	0	0	+66,1	1.571,0	0,0	1.571,0	+87,0	204,0	+5,0
2022	17,83	2.136,3	0	0	0	+81,6	1.651,0	0,0	1.651,0	+80,0	209,0	+5,0
2023	17,83	2.216,8	0	0	0	+80,5	1.737,0	0,0	1.737,0	+86,0	214,0	+5,0

Jahr	Summe	Veränd. Sp. 11	Grundsteuer	Grundsteuer	Gewerbesteuer	sonstige	Summe	Veränd. Sp. 17	Gesamtsumme	Veränd. Sp. 19
	Sp. 2 + 7 + 9	+ / - Vorjahr	A	B	netto	Gemeindest. ⁴	Sp. 13 - 16	+ / - Vorjahr	Sp. 11 + 17	+ / - Vorjahr
	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
2015	2.876,2	+204,9	22,0 ³	403,5 ³	1.017,3 ²	78,3 ³	1.521,1	+137,0	4.397,3	+341,9
2016	2.903,0	+26,8	22,0	414,3	1.124,1	84,8	1.645,2	+124,1	4.548,2	+150,9
2017	3.312,0	+409,0	22,7	431,0	1.254,6	90,6	1.798,9	+153,7	5.110,9	+562,7
2018	3.426,5	+114,5	23,0	438,0	1.293,0	90,6	1.844,6	+45,7	5.271,1	+160,2
2019	3.559,0	+132,5	22,0	444,0	1.309,0	90,6	1.865,6	+21,0	5.424,6	+153,5
2020	3.671,6	+112,6	23,0	448,0	1.507,0	90,6	2.068,6	+203,0	5.740,2	+315,6
2021	3.829,7	+158,1	22,0	453,0	1.559,0	90,6	2.124,6	+56,0	5.954,3	+214,1
2022	3.996,3	+166,6	22,0	458,0	1.602,0	90,6	2.172,6	+48,0	6.168,9	+214,6
2023	4.167,8	+171,5	22,0	463,0	1.648,0	90,6	2.223,6	+51,0	6.391,4	+222,5

1 : Grundsätzlich nach Haushaltsansätzen im Landeshaushaltsplan, **ab 2018 Steuerschätzung vom November 2018**

2 : 2001 bis 2017 Ergebnisse nach Gemeindefinanzreformgesetz, **ab 2018 Steuerschätzung vom November 2018**

3 : 2001 bis 2017 Ergebnisse nach Rechnungsstatistik bzw. Kassenstatistik, **ab 2018 Steuerschätzung vom November 2018**

4 : Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Jagdsteuer und sonst. Steuern (für 2018 ff. fortgeschrieben)

Hinweis: Bei der jüngsten Steuerschätzung wurden wie üblich auch solche Gesetzesänderungen berücksichtigt, die zwar erst in der Zukunft in Kraft treten werden, die aber bereits das Gesetzgebungsverfahren abschließend durchlaufen haben. Gesetzesänderungen, die noch nicht abgeschlossen sind, wurden dagegen nicht berücksichtigt. Nach Einschätzung des Landes werden weitere dem Grunde nach absehbare Gesetzesvorhaben dazu führen, dass die Einnahmeerwartungen im Rahmen der Steuerschätzung Mai 2019 eher gedämpft werden.

17 : Ab 2015 erfolgen die Angaben zur Verbundquote und zur festgesetzten Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (einschl. der Aufstockung um jährl. 11,5 Mio. € für Infrastrukturlasten und 15,0 Mio. € für Konsolidierungshilfen).

18 : Die Effekte aus dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sind in dem Betrag für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer enthalten.

19 : Aufstockung der Finanzausgleichsmasse (in summierten Jahresbeträgen)

a) zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen (2017 +10,0 Mio. €, 2018 +15,0 Mio. €, 2019 +20 Mio. €, 2020 +20 Mio. €, 2021ff. +10 Mio. €),

b) zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen (2016 +0,2 Mio. €, 2017 +0,3 Mio. €, 2018 +0,3 Mio. €, 2019 +0,8 Mio. €, 2020 +0,8 Mio. €, 2021 +0,3 Mio. €).

M : 3. Abrechnungstranche Glättung KFA 2012 und KFA 2013 (+25,7 Mio. €) und darüber hinausgehende Abrechnung KFA 2013 (+36,6 Mio. €)

N : Abrechnung KFA 2014 (-39,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2013 (-0,4 Mio. €)

O : Abrechnung KFA 2015 (+62,1 Mio. €) und 1. Abrechnungstranche KFA 2016 + 2017 (je +45,0 Mio. €) sowie Abrechnung FLA 2011 (-0,5 Mio. €), FLA 2014 (+0,2 Mio. €)

P : endgültige Abrechnungstranchen KFA 2016 (+47,0 Mio. €) und KFA 2017 (+17,8 Mio. €) sowie Abrechnung Bundesentlastung Asyl 2016 (-27,5 Mio. €)

Q : Abrechnung FLA 2015 (+0,3 Mio. €) und FLA 2016 (-1,1 Mio. €)

Ferner wird die Abrechnung des KFA 2018 erfolgen (Höhe in Abhängigkeit vom Haushaltsabschluss 2018).

Entwicklung der freien Finanzspielräume, Jahresergebnisse, Jahresabschlüsse und aufgelaufenen Defizite¹ in Mio. €

	2010		2011		2012		2013		2014		2015		2016		2017		2018 Plan
	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	Rech- nung	auf- gelaufen	
Kreis Dithmarschen*	D: 0,6	-16,3	D: -1,8	-18,1	D: -2,1	-20,2	D: 2,7	-17,5	D: 6,9	I: -10,5	D: 14,2	I: 0,0	D: 5,3	I: 0,0	D: 7,7	S: 0,0	D: 0,1
Kreis Herzogtum Lauenburg*	D: -5,5	-22,2	D: -9,5	-31,7	D: -2,1	-33,8	D: -1,4	-35,2	D: 8,7	I: -26,5	D: 12,2	I: -14,3	D: 7,2	I: -7,1	D: 18,4	I: 0,0	D: 5,9
Kreis Nordfriesland	D: 2,5	0,0	D: -6,4	-6,4	D: -3,4	-9,8	D: 0,1	-9,8	D: -0,5	I: -10,2	D: 3,0	I: -7,2	D: -0,7	I: -7,9	D: 14,2	I: 0,0	D: 5,1
Kreis Ostholstein*	D: 2,8	-6,5	D: -9,3	-15,8	D: -2,4	-18,2	D: 1,8	-16,5	D: 11,8	I: -4,7	D: 7,2	I: 0,0	D: 6,8	I: 0,0	D: 21,5	I: 0,0	D: 14,8
Kreis Pinneberg*	D: 6,5	-12,8	D: -10,8	-23,5	D: 1,2	-22,3	D: 2,0	-20,4	D: 6,1	I: -14,3	D: 7,7	I: -6,6	D: -7,6	S: -14,2	D: 4,3	S: -10,0	D: 7,4
Kreis Plön*	D: 4,7	-4,0	D: -5,9	-10,0	D: -5,1	-15,1	D: 6,7	-8,4	D: 5,7	I: -2,7	D: 0,0	I: -2,6	D: 14,9	I: 0,0	D: 0,0	S: 0,0	D: 0,1
Kreis Rendsburg-Eckernförde	D: -4,2	-4,2	D: -10,5	-14,7	D: -2,4	-17,1	D: 1,3	-15,8	D: -1,4	I: -17,1	D: 5,8	I: -11,3	D: -4,8	I: -16,1	D: 18,0	I: 0,0	D: 8,4
Kreis Schleswig-Flensburg*	D: -2,2	-37,6	D: -8,6	-46,2	D: -3,2	-49,4	D: 5,4	-44,0	D: 12,2	I: -31,8	D: 7,9	I: -23,9	D: 9,9	I: -14,1	D: 18,5	I: 0,0	D: 2,7
Kreis Segeberg	D: -2,5	-5,0	D: -7,7	-12,7	D: -0,9	-13,6	D: 7,9	-5,6	D: 8,0	I: 0,0	D: 5,4	I: 0,0	D: -5,4	I: -5,4	D: 17,7	I: 0,0	D: 6,8
Kreis Steinburg	D: 6,1	0,0	D: -3,3	-3,3	D: -9,0	-12,3	D: -2,8	-15,1	D: 5,3	I: -9,8	D: 6,1	I: -3,7	D: -1,1	I: -4,8	D: 11,3	I: 0,0	D: -4,8
Kreis Stormarn	D: 16,0	0,0	D: 5,4	0,0	D: 11,6	0,0	D: 7,7	0,0	D: 15,8	I: 0,0	D: -5,4	I: -5,4	D: -0,0	I: -5,5	D: 18,9	I: 0,0	D: -3,6
Kreise	24,7	-108,5	-68,5	-182,4	-17,8	-211,8	31,3	-188,2	78,7	-127,6	64,0	-75,2	24,5	-75,1	150,4	-10	42,8
Stadt Flensburg*	K: -37,7	-45,7	K: -19,3	-57,0	K: -45,4	-64,7	K: -19,4	-64,7	K: -45,7	I: -65,1	D: 3,3	I: -61,8	D: -7,9	I: -69,8	D: 1,9	I: -67,8	D: -12,3
Landeshauptstadt Kiel*	D: -19,8	-60,8	D: -50,8	-111,6	D: -84,9	-196,5	D: -48,1	-244,6	D: -58,2	I: -302,8	D: -3,6	I: -306,4	D: 13,2	I: -293,1	D: 28,0	I: -265,1	D: 42,8
Hansestadt Lübeck*	D: -41,1	-304,0	D: -46,5	-350,5	D: -17,6	-368,1	D: -0,7	-368,8	D: -0,2	I: -369,0	D: 3,3	I: -365,6	D: 31,3	I: -334,3	D: 83,7	I: -250,7	D: -36,7
Stadt Neumünster*	D: -14,7	-82,5	D: 12,4	-70,1	D: -2,3	-72,4	D: 1,4	-71,0	D: 6,4	I: -64,6	D: 5,5	I: -59,1	D: 18,5	I: -40,6	D: 38,8	I: -1,8	D: 8,3
kreisfreie Städte	6	-493,0	6	-589,2	6	-701,6	6	-749,1	6	-801,5	8,5	-793,0	55,1	-737,9	152,4	-585,5	2,1
Stadt Ahrensburg	D: -4,2	-6,2	D: 3,2	-3,1	D: 2,5	-0,6	D: 3,2	0,0	D: 1,4	I: 0,0	D: -1,6	I: -1,6	D: -1,1	S: -2,7	D: 5,4	S: 0,0	D: 1,4
Stadt Bad Oldesloe	D: 5,3	0,0	D: 4,1	0,0	D: 5,5	0,0	D: 1,9	0,0	D: 1,7	I: 0,0	D: 2,9	I: 0,0	D: -6,6	S: -6,6	D: -7,2	S: -13,7	D: -1,9
Stadt Bad Schwartau	D: 1,6	0,0	D: 2,1	0,0	D: -1,5	-1,5	D: 0,0	-1,5	D: 0,0	-0,4	D: 2,3	I: 0,0	D: -1,2	I: -1,2	D: -1,2	S: -2,4	D: -2,0
Stadt Eckernförde	K: 0,6	0,0	K: 3,6	0,0	D: 0,5	0,0	D: 1,6	0,0	D: 1,3	I: 0,0	D: -0,8	I: -0,8	D: 1,0	I: 0,0	D: 0,7	S: 0,0	D: 0,2
Stadt Elmshorn	D: -1,5	-9,7	D: 6,7	-2,9	D: -2,8	-5,7	D: -2,9	-8,6	D: -1,7	I: -10,3	D: 4,2	I: -6,2	D: -0,5	I: -6,7	D: 6,8	I: 0,0	D: 1,4
Stadt Geesthacht	D: -5,8	-5,8	D: -2,1	-7,9	D: -2,7	-10,5	D: 3,1	-7,4	D: 0,0	I: -7,4	D: -7,7	I: -15,1	D: -9,0	S: -24,1	D: -5,1	S: -29,2	D: -6,8
Stadt Heide	D: -2,7	-2,7	D: 2,9	0,0	D: -2,1	-2,1	D: -2,1	-4,2	D: -4,6	I: -8,8	D: 3,0	I: -5,8	D: 3,6	I: -2,2	D: 3,3	I: 0,0	D: -2,3
Stadt Husum	K: 0,1	0,0	K: 0,5	0,0	D: 2,3	0,0	D: -0,1	-0,1	D: 0,1	I: -0,0	D: 1,1	I: 0,0	D: 3,9	I: 0,0	D: 4,5	I: 0,0	D: -0,0
Stadt Itzehoe	D: -2,4	-2,4	D: -3,8	-6,1	D: -2,4	-8,6	D: 1,6	-7,0	D: 0,0	I: -7,0	D: 2,4	I: -4,6	D: 2,1	I: -2,5	D: 0,4	S: -2,1	D: 1,2
Stadt Kaltenkirchen	K: 1,2	0,0	K: 1,4	0,0	K: 0,9	0,0	K: 2,3	0,0	K: 1,7	I: 0,0	K: 4,8	I: 0,0	D: 0,2	S: 0,0	D: 1,5	S: 0,0	D: 2,0
Stadt Norderstedt	D: -12,6	-12,6	D: 0,0	-12,6	D: 0,0	-12,6	D: 0,0	-12,6	D: -1,4	I: -14,0	D: 0,6	I: -13,5	D: 3,1	I: -10,4	D: 6,4	S: -4,0	D: 1,1
Stadt Pinneberg*	D: -4,3	-14,2	D: -1,2	-15,4	D: 2,5	-13,0	D: 2,8	-10,1	D: 8,3	I: -1,8	D: -5,7	S: -7,5	D: -10,4	S: -17,9	D: -6,5	S: -24,4	D: -8,6
Stadt Quickborn	D: -0,2	-2,2	D: -2,3	-4,5	D: -1,0	-5,4	D: 0,8	-4,6	D: 0,0	I: -4,6	D: 0,9	I: -3,7	D: 0,6	I: -3,1	D: -0,3	I: -3,3	D: 0,7
Stadt Reinbek	D: -3,2	-3,2	D: 3,4	0,0	D: 3,3	0,0	D: 4,1	0,0	D: 3,3	I: 0,0	D: 3,0	I: 0,0	D: 4,3	I: 0,0	D: 3,2	I: 0,0	D: 0,2
Stadt Rendsburg	K: -1,1	-1,1	K: 0,4	-1,0	K: 1,5	0,0	K: 0,2	0,0	K: 0,7	I: 0,0	K: 2,7	I: 0,0	K: 0,1	I: 0,0	K: 2,1	I: 0,0	K: 0,4
Stadt Schleswig	D: -3,3	-5,8	D: 1,4	-4,3	D: 0,1	-4,3	D: -4,0	-8,3	D: -4,8	I: -13,1	D: 3,1	I: -10,0	D: 4,4	I: -5,6	D: 3,4	I: -2,2	D: 0,4
Stadt Wedel	K: 0,5	0,0	D: 0,5	0,0	D: -17,2	-17,2	D: -7,2	-24,4	D: -5,4	I: -29,8	D: 0,6	I: -29,2	D: 0,0	I: -29,1	D: 2,8	I: -26,4	D: 0,6
kreisangeh. Städte über 20.000 Ew.	6	-65,8	6	-57,9	6	-81,5	6	-88,9	6	-97,3	6	-97,7	6	-112,0	6	7	6
Zwischensumme	6	-667,3	6	-829,4	6	-994,9	6	-1.026,2	6	-1.026,4	6	-965,9	6	-925,0	6	7	6
Stadt Lauenburg/Elbe*	D: -0,2	-7,4	D: 0,1	-7,3	D: -1,8	-9,1	D: 0,7	-8,4	D: 1,8	I: -6,7	D: 1,3	I: -5,3	D: 3,5	I: -1,8	D: -0,2	I: -2,1	D: -2,9
Stadt Schwarzenbek*	D: -3,5	-13,2	D: 0,7	-12,5	D: 4,0	-8,5	D: 2,2	-6,3	D: -0,1	I: -6,4	D: -0,2	I: -6,6	D: 3,2	I: -3,3	D: 5,1	I: 0,0	D: 0,1
Gemeinde Pellworm ⁸	K: -8,1	-8,1	K: -9,7	-9,7	D: -0,9	-10,6	D: -0,8	-11,4	D: 0,6	I: -10,8	D: 0,7	I: -10,1	D: 1,4	I: -8,8	D: 4,9	I: -3,9	D: -3,7
Stadt Uetersen*	K: -9,4	-9,4	D: -1,9	-11,2	D: 1,9	-9,3	D: -0,6	-10,0	D: 1,7	I: -8,3	D: 2,2	I: -6,1	D: 1,7	I: -4,4	D: 1,5	I: -2,9	D: 0,8
Stadt Bad Segeberg*	D: -2,4	-11,4	D: -0,4	-11,8	D: -5,8	-17,6	D: 1,2	-16,4	D: 0,6	I: -15,7	D: 7,2	I: -8,5	D: 5,8	I: -2,7	D: 5,1	I: 0,0	D: -2,9
Konsolidierungsgem. unter 20.000 Ew.	6	-49,5	6	-52,5	-2,6	-55,1	2,7	-52,4	4,5	-47,9	11,3	-36,6	15,6	-21,0	16,3	-8,8	-8,5
Gesamt		-716,8		-882,0		-1.050,1		-1.078,6		-1.074,3		-1.002,5		-946,0			

S: Soll-Zahlen
D: Doppischer Haushalt
I: Ist-Zahlen
K: Kameraler Haushalt

^o Fehlbetragszuweisung
^{*} Konsolidierungskommune

¹⁸ Erläuterungen siehe nächste Seite

**Entwicklung der Kassenkredite der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2017**

	2004		2005		2006		2007		2008		2009		2010	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	256	24	248	23	208	19	93	9	92	9	444	41	340	32
Bayern	291	23	223	18	411	33	205	16	210	17	199	16	388	31
Brandenburg	565	220	661	258	748	293	766	301	609	241	618	246	726	290
Hessen	2.129	350	2.662	437	3.208	528	3.128	515	3.204	528	3.747	618	4.959	818
Mecklenburg-Vorpommern	224	130	197	115	477	280	547	323	497	297	484	292	506	308
Niedersachsen	3.537	442	4.032	504	4.495	562	4.164	522	4.091	513	4.534	571	5.047	636
Nordrhein-Westfalen	8.461	468	10.531	583	12.518	694	13.744	762	14.606	813	17.240	963	20.202	1.131
Rheinland-Pfalz	2.324	573	2.756	679	3.020	745	3.285	811	3.694	915	4.628	1.152	5.383	1.343
Saarland	979	924	1.027	976	1.060	1.013	1.159	1.109	1.240	1.200	1.385	1.351	1.655	1.623
Sachsen	107	25	115	27	137	32	108	25	43	10	64	15	53	13
Sachsen-Anhalt	549	219	801	323	958	390	971	397	969	404	982	415	987	421
Schleswig-Holstein	436	154	550	194	521	184	496	175	447	158	519	183	654	231
Thüringen	78	33	82	35	102	44	109	47	99	43	99	44	164	73
Flächenländer	19.936	260	23.885	312	27.863	364	28.775	375	29.801	391	34.943	460	41.064	541

	2011		2012 ¹		2013 ¹		2014 ¹		2015 ¹		2016 ¹		2017 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	223	21	181	17	179	17	197	18	210	19	225	21	214	19
Bayern	383	31	262	21	244	19	270	21	199	16	188	15	180	14
Brandenburg	803	321	780	318	801	327	778	317	752	305	787	317	801	321
Hessen	6.415	1.057	7.513	1.252	6.623	1.099	6.401	1.055	6.522	1.066	6.257	1.013	5.709	917
Mecklenburg-Vorpommern	552	337	636	397	669	419	726	455	750	469	666	413	988	613
Niedersachsen	4.981	629	4.585	589	3.803	488	3.351	429	2.907	370	2.339	295	2.034	255
Nordrhein-Westfalen	22.141	1.241	23.708	1.351	25.302	1.442	26.395	1.500	26.369	1.491	26.510	1.484	24.056	1.344
Rheinland-Pfalz	5.775	1.444	6.129	1.536	6.834	1.713	7.136	1.784	7.443	1.851	7.578	1.870	7.381	1.813
Saarland	1.801	1.773	1.890	1.898	1.969	1.985	2.005	2.026	2.094	2.117	2.180	2.190	2.061	2.070
Sachsen	52	13	94	23	100	25	95	23	96	24	122	30	122	30
Sachsen-Anhalt	992	426	1.085	479	1.113	495	1.395	623	1.429	641	1.471	655	1.385	621
Schleswig-Holstein	774	273	916	327	760	271	787	279	700	246	1.175	411	1.200	416
Thüringen	146	65	168	77	210	97	212	98	180	84	159	73	123	57
Flächenländer	45.038	594	47.947	642	48.606	650	49.748	663	49.651	657	49.659	652	46.254	604

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1
Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011
Stand: 27.11.2018

**Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2016**

	2004		2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2010 ¹	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	7.328	684	7.353	685	7.208	671	6.697	623	6.092	566	5.903	549	6.327	589
Bayern	15.621	1.257	15.565	1.250	15.420	1.236	14.819	1.186	13.843	1.106	13.802	1.104	14.057	1.123
Brandenburg	1.838	715	1.698	663	1.666	653	1.661	652	1.632	645	1.555	618	1.496	597
Hessen	9.181	1.508	9.301	1.527	9.220	1.517	9.095	1.498	8.860	1.460	9.358	1.544	10.276	1.695
Mecklenburg-Vorpommern	2.391	1.385	2.334	1.362	2.243	1.319	2.233	1.317	2.139	1.279	2.051	1.238	1.999	1.214
Niedersachsen	8.169	1.021	7.981	997	7.838	980	7.670	961	7.407	930	7.601	957	7.592	957
Nordrhein-Westfalen	24.576	1.360	24.752	1.371	24.225	1.343	23.590	1.308	23.579	1.312	23.330	1.304	23.052	1.291
Rheinland-Pfalz	4.702	1.159	4.764	1.174	4.880	1.204	4.834	1.193	4.813	1.192	4.973	1.237	5.157	1.287
Saarland	903	853	902	857	972	928	968	926	973	941	1.005	980	1.066	1.045
Sachsen	5.194	1.206	5.030	1.174	4.159	976	3.943	927	3.683	876	3.411	817	3.296	794
Sachsen-Anhalt	3.381	1.346	3.313	1.334	3.204	1.304	3.052	1.248	2.920	1.218	2.804	1.184	2.663	1.136
Schleswig-Holstein	2.787	986	2.814	995	2.822	997	2.710	956	2.558	902	2.632	930	2.816	995
Thüringen	2.900	1.226	2.823	1.204	2.721	1.171	2.596	1.121	2.456	1.078	2.344	1.039	2.268	1.012
Flächenländer	88.970	1.160	88.632	1.156	86.580	1.131	83.889	1.094	80.955	1.061	80.769	1.063	82.065	1.082

	2011		2012 ²		2013 ²		2014 ²		2015 ²		2016 ²		2017 ²	
	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.	Mio. €	€/Ew.
Baden Württemberg	6.483	603	6.406	608	6.185	584	5.896	552	5.949	552	6.142	565	5.944	541
Bayern	13.738	1.095	13.394	1.074	12.722	1.014	12.570	995	12.255	962	12.018	936	11.726	904
Brandenburg	1.425	570	1.332	544	1.262	516	1.193	487	1.125	456	1.067	429	1.019	408
Hessen	10.631	1.752	11.308	1.884	11.526	1.913	11.767	1.940	11.698	1.913	11.663	1.888	11.654	1.871
Mecklenburg-Vorpommern	1.889	1.153	1.818	1.134	1.762	1.103	1.660	1.039	1.607	1.004	1.525	946	1.472	914
Niedersachsen	7.936	1.003	8.426	1.082	8.564	1.099	8.814	1.128	9.043	1.150	9.508	1.200	9.863	1.239
Nordrhein-Westfalen	22.667	1.271	22.686	1.293	22.266	1.269	22.354	1.271	22.390	1.266	23.310	1.305	23.088	1.290
Rheinland-Pfalz	5.398	1.350	5.514	1.382	5.645	1.415	5.755	1.438	5.774	1.436	5.955	1.469	5.944	1.460
Saarland	1.084	1.067	1.166	1.171	1.212	1.222	1.327	1.341	1.350	1.365	1.385	1.391	1.462	1.469
Sachsen	3.246	783	3.152	779	3.053	755	2.881	712	2.799	690	2.681	656	2.507	615
Sachsen-Anhalt	2.450	1.052	2.258	996	2.042	908	1.864	833	1.702	763	1.578	703	1.477	662
Schleswig-Holstein	2.913	1.027	2.939	1.048	3.154	1.123	3.261	1.156	3.405	1.199	3.524	1.233	3.515	1.218
Thüringen	2.167	971	2.104	967	2.029	938	1.897	880	1.804	837	1.757	809	1.616	750
Flächenländer	82.027	1.082	82.503	1.105	81.422	1.089	81.239	1.082	80.901	1.071	82.112	1.078	81.287	1.062

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 27.11.2018

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände der Flächenländer - 2004 bis 2017**

	2004		2005		2006		2007 ¹		2008 ¹		2009 ¹		2010 ¹	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	7.584	708	7.601	708	7.416	690	6.790	632	6.184	575	6.347	591	6.667	621
Bayern	15.912	1.280	15.788	1.268	15.831	1.269	15.024	1.202	14.053	1.123	14.001	1.120	14.445	1.154
Brandenburg	2.403	935	2.359	921	2.414	946	2.427	953	2.241	886	2.173	864	2.222	887
Hessen	11.310	1.858	11.963	1.964	12.428	2.045	12.223	2.013	12.064	1.988	13.105	2.163	15.235	2.513
Mecklenburg-Vorpommern	2.615	1.515	2.531	1.477	2.720	1.599	2.780	1.640	2.636	1.576	2.535	1.530	2.505	1.522
Niedersachsen	11.706	1.463	12.013	1.501	12.333	1.542	11.834	1.483	11.498	1.443	12.135	1.527	12.639	1.593
Nordrhein-Westfalen	33.037	1.828	35.283	1.954	36.743	2.037	37.334	2.070	38.185	2.125	40.570	2.267	43.254	2.422
Rheinland-Pfalz	7.026	1.732	7.520	1.853	7.900	1.949	8.119	2.004	8.507	2.106	9.601	2.389	10.540	2.630
Saarland	1.882	1.777	1.929	1.833	2.032	1.941	2.127	2.035	2.213	2.141	2.390	2.331	2.721	2.668
Sachsen	5.301	1.231	5.145	1.201	4.296	1.008	4.051	952	3.726	886	3.475	832	3.349	807
Sachsen-Anhalt	3.930	1.565	4.114	1.657	4.162	1.694	4.023	1.645	3.889	1.622	3.786	1.599	3.650	1.557
Schleswig-Holstein	3.223	1.140	3.364	1.189	3.343	1.181	3.206	1.131	3.005	1.060	3.151	1.113	3.470	1.225
Thüringen	2.978	1.259	2.905	1.239	2.823	1.215	2.705	1.168	2.555	1.122	2.443	1.082	2.432	1.085
Flächenländer	108.906	1.420	112.517	1.467	114.443	1.495	112.664	1.469	110.756	1.452	115.712	1.523	123.129	1.623

	2011		2012 ²		2013 ²		2014 ²		2015 ²		2016 ²		2017 ²	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	6.706	624	6.587	625	6.364	601	6.093	571	6.159	571	6.367	585	6.158	560
Bayern	14.121	1.126	13.656	1.095	12.966	1.033	12.840	1.016	12.454	977	12.206	950	11.906	918
Brandenburg	2.228	891	2.112	862	2.063	843	1.971	804	1.877	762	1.854	746	1.820	729
Hessen	17.046	2.808	18.821	3.135	18.149	3.012	18.168	2.996	18.220	2.979	17.920	2.901	17.363	2.787
Mecklenburg-Vorpommern	2.441	1.490	2.454	1.531	2.431	1.522	2.386	1.494	2.357	1.473	2.191	1.359	2.460	1.527
Niedersachsen	12.917	1.632	13.011	1.671	12.367	1.588	12.165	1.557	11.950	1.520	11.847	1.495	11.897	1.494
Nordrhein-Westfalen	44.808	2.512	46.394	2.645	47.568	2.711	48.749	2.771	48.759	2.757	49.820	2.789	47.144	2.635
Rheinland-Pfalz	11.173	2.794	11.643	2.919	12.479	3.129	12.891	3.222	13.217	3.287	13.533	3.339	13.325	3.274
Saarland	2.885	2.840	3.056	3.069	3.181	3.207	3.332	3.368	3.444	3.481	3.565	3.581	3.523	3.539
Sachsen	3.298	796	3.246	802	3.153	780	2.976	736	2.895	714	2.803	686	2.629	645
Sachsen-Anhalt	3.442	1.478	3.343	1.475	3.155	1.403	3.259	1.456	3.131	1.403	3.049	1.358	2.862	1.284
Schleswig-Holstein	3.687	1.300	3.855	1.375	3.914	1.394	4.048	1.435	4.105	1.445	4.699	1.644	4.715	1.633
Thüringen	2.313	1.036	2.272	1.045	2.239	1.035	2.109	978	1.984	921	1.916	883	1.739	808
Flächenländer	127.065	1.676	130.450	1.747	130.029	1.738	130.987	1.745	130.552	1.728	131.770	1.729	127.541	1.666

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ Hinweis zur Schuldenentwicklung

2007: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Immobilienmanagement" hat die Stadt Flensburg 114,2 Mio. € dorthin ausgelagert.

2008: Mit der Gründung des Zentralbereichs "Infrastruktur" hat die Stadt Flensburg 89 Mio. € dorthin ausgelagert, der Kreis Segeberg hat mit Gründung des Eigenbetriebes "Immobilienverwaltung des Kreises Segeberg" 56 Mio. € dorthin ausgelagert.

2009: Mit der Einbeziehung der Gebäude des Westküstenklinikums in den Haushalt des Kreises Dithmarschen hat sich dessen Schuldenstand entsprechend erhöht.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 27.11.2018

**Entwicklung der Kassenkredite und Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und
Gemeindeverbände einschl. Extrahaushalte der Flächenländer - 2010 bis 2017**

	2010		2011		2012 ¹		2013 ¹		2014		2015		2016 ¹		2017 ¹	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	7.580	705	7.647	711	7.615	722	7.383	697	7.646	716	10.520	976	10.649	979	10.276	935
Bayern	15.503	1.238	15.184	1.211	14.811	1.187	14.341	1.143	14.378	1.138	14.664	1.151	14.228	1.108	13.787	1.062
Brandenburg	2.360	941	2.364	946	2.260	922	2.222	908	2.195	896	2.167	879	2.101	846	2.039	816
Hessen	16.418	2.708	18.266	3.010	20.140	3.355	19.535	3.242	20.288	3.345	20.566	3.363	19.772	3.201	18.662	2.996
Mecklenburg-Vorpommern	2.535	1.540	2.469	1.506	2.479	1.547	2.456	1.538	2.504	1.568	2.568	1.604	2.313	1.435	2.168	1.346
Niedersachsen	13.805	1.740	14.027	1.772	13.495	1.734	12.876	1.653	13.155	1.684	14.205	1.807	14.213	1.793	14.237	1.788
Nordrhein-Westfalen	48.374	2.710	49.988	2.802	51.231	2.920	51.627	2.942	53.627	3.048	56.938	3.220	57.341	3.210	55.019	3.075
Rheinland-Pfalz	11.129	2.777	11.868	2.967	11.940	2.993	12.919	3.239	13.685	3.421	14.317	3.560	14.600	3.602	14.701	3.612
Saarland	2.802	2.748	2.965	2.918	3.185	3.199	3.304	3.331	3.692	3.731	3.840	3.882	3.830	3.847	3.712	3.729
Sachsen	3.728	898	3.480	840	4.890	1.209	4.890	1.210	4.946	1.223	4.881	1.203	3.871	948	3.568	875
Sachsen-Anhalt	3.738	1.594	3.539	1.520	3.417	1.508	3.237	1.439	3.352	1.498	3.290	1.475	3.153	1.404	2.950	1.323
Schleswig-Holstein	3.715	1.312	4.169	1.469	4.347	1.550	4.414	1.572	4.546	1.612	4.657	1.639	5.290	1.850	5.339	1.849
Thüringen	2.469	1.102	2.345	1.051	2.302	1.058	3.194	1.476	3.091	1.433	2.971	1.379	2.980	1.373	3.087	1.433
Flächenländer	134.156	1.768	138.311	1.824	142.112	1.903	142.396	1.904	147.106	1.959	155.585	2.060	151.151	1.984	146.341	1.911

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 1.5.1
Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushaltes, Schuldenstand zum 31.12. des Jahres

¹ ab 2012 Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 26.11.2018

Nach Mitteilung der Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände (VAK) beträgt der Barwert (berechnet nach der Teilwertmethode)

2010		2011		2012 ¹		2013		2014	
Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
2.049	724	2.120	747	2.138	763	2.198	783	2.292	813
2015		2016 ¹		2017 ¹					
Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.				
2.337	948	2.402	967	2.439	976				

Ab 2014 werden die Werte der kommunalen Zweckverbände, die Pflichtmitglieder der VAK sind, einbezogen.

**Entwicklung des Finanzvermögens der Gemeinden und Gemeindeverbände
der Flächenländer einschl. Extrahaushalte - 2010 bis 2017**

	2010		2011		2012 ¹		2013 ¹		2014 ¹		2015 ¹		2016 ¹		2017 ¹	
	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.	Mio. €	€Ew.
Baden Württemberg	21.966	2.043	23.330	2.163	25.604	2.423	26.371	2.488	27.144	2.543	38.496	3.572	36.159	3.324	38.120	3.469
Bayern	23.228	1.853	24.212	1.922	25.516	2.038	27.392	2.183	29.457	2.331	33.241	2.608	37.399	2.912	38.972	3.003
Brandenburg	4.637	1.852	5.340	2.140	5.724	2.337	6.055	2.474	6.325	2.580	7.067	2.867	7.606	3.061	8.116	3.249
Hessen	14.000	2.308	13.718	2.252	14.410	2.395	15.146	2.514	16.911	2.788	18.308	2.993	18.631	3.017	19.318	3.101
Mecklenburg-Vorpommern	2.132	1.298	2.588	1.583	3.313	2.070	4.099	2.567	4.574	2.864	4.875	3.046	6.333	3.928	6.978	4.332
Niedersachsen	11.425	1.443	11.006	1.391	11.374	1.462	11.702	1.502	11.654	1.492	15.239	1.939	16.487	2.080	17.164	2.156
Nordrhein-Westfalen	44.794	2.510	46.163	2.587	46.904	2.672	46.267	2.637	44.558	2.533	51.904	2.935	54.212	3.034	57.679	3.223
Rheinland-Pfalz	8.156	2.037	8.682	2.171	9.169	2.298	9.695	2.431	10.499	2.624	11.717	2.914	12.413	3.063	13.069	3.211
Saarland	2.096	2.060	2.060	2.033	2.137	2.149	2.157	2.175	2.179	2.202	2.248	2.272	2.227	2.237	2.217	2.227
Sachsen	10.290	2.480	10.649	2.574	14.075	3.475	15.642	3.870	17.371	4.294	19.015	4.688	18.647	4.565	22.724	5.573
Sachsen-Anhalt	5.457	2.337	5.242	2.266	4.960	2.195	5.135	2.283	5.587	2.497	5.878	2.635	7.452	3.319	7.691	3.449
Schleswig-Holstein	3.081	1.087	3.287	1.158	3.523	1.255	3.657	1.302	3.749	1.329	4.489	1.580	4.776	1.671	5.311	1.840
Thüringen	5.429	2.429	6.314	2.843	6.298	2.902	6.442	2.977	8.035	3.726	7.764	3.603	8.087	3.726	8.267	3.839
Flächenländer	156.691	2.066	162.591	2.143	173.006	2.314	179.760	2.403	188.042	2.505	220.242	2.916	230.428	3.024	245.626	3.208

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14
Reihe 5.1, Tabellenteil 8, Finanzvermögen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern zum 31.12. des Jahres
¹ Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 27.11.2018

Anlage 8

Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände - 2001 bis 2017

Flächenland	31.12.2001 €Ew.	31.12.2002 €Ew.	31.12.2003 €Ew.	31.12.2004 €Ew.	31.12.2005 €Ew.	31.12.2006 €Ew.	31.12.2007 €Ew.	31.12.2008 ¹ €Ew.	31.12.2009 €Ew.	31.12.2010 €Ew.	31.12.2011 €Ew.	31.12.2012 €Ew. ²	31.12.2013 €Ew. ²	31.12.2014 €Ew. ²	31.12.2015 €Ew. ²	31.12.2016 €Ew. ²	31.12.2017 €Ew. ²
Baden-Würtemb.	352	361	1.564	352	460	613	888	448	356	477	560	591	600	613	620	635	653
Bayern	163	230	218	234	270	393	299	230	221	175	233	239	237	250	263	279	240
Brandenburg	288	274	276	273	271	263	246	215	208	219	210	211	199	166	159	153	143
Hessen	337	396	398	398	430	456	510	507	537	623	682	701	800	800	790	763	744
Meckl.-Vorpom.	501	478	475	1.170	367	375	305	295	276	238	248	266	278	260	239	202	194
Niedersachsen	214	231	224	231	229	240	244	214	226	220	258	264	301	307	296	292	285
Nordrhein-Westf.	420	371	467	437	465	464	436	419	417	427	430	429	430	416	387	351	335
Rheinland-Pfalz	301	320	321	329	317	347	345	369	404	414	382	374	329	274	250	226	218
Saarland	295	318	279	292	267	289	522	297	280	278	336	387	391	403	390	353	326
Sachsen	284	296	316	258	285	272	233	230	226	323	339	327	413	373	356	246	220
Sachsen-Anhalt	176	177	157	155	157	145	136	118	112	133	143	142	141	142	135	127	111
Schleswig-Holst.	253	252	247	150	132	122	116	217	189	156	159	151	172	162	144	133	108
Thüringen	142	141	143	127	123	90	89	85	71	96	113	106	103	101	93	86	79
zusammen	300	308	495	332	343	387	407	326	315	338	343	377	393	387	378	362	349

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Schulden öffentlicher Haushalte, Statistisches Bundesamt, 'Finanzen und Steuern', Fachserie 14 Reihe 5, Tabellenteil 9.1.1

¹ Hinweis zur Entwicklung der Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen

2008: Die Hansestadt Lübeck hat in den Jahren 2004 bis 2007 irrtümlich keine statistische Meldung zu ihren Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen abgegeben; 2008 hat die Hansestadt Lübeck einen Betrag in Höhe von 213 Mio. € gemeldet.

² Einwohnerzahlen auf Grundlage des Zensus 2011

Stand: 27.11.2018

Realsteuervergleich 2017

Bundesland	Gewogene Durchschnittshebesätze								
	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbsteuer		
	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen	Gemeinden insgesamt	Kreisfreie Städte zusammen	Kreisangehörige Gemeinden zusammen
Schleswig-Holstein	324	417	323	390	514	360	378	437	364
Baden-Württemberg	359	443	356	396	501	368	368	418	353
Bayern	349	344	349	392	492	340	373	451	328
Brandenburg	307	353	306	406	520	386	321	438	302
Hessen	392	252	396	470	507	454	410	457	374
Mecklenburg-Vorpommern	316	338	316	424	533	401	377	454	353
Niedersachsen	379	341	380	427	475	420	403	418	400
Nordrhein-Westfalen	283	253	285	567	602	542	452	476	434
Rheinland-Pfalz	320	320	320	400	443	381	382	418	363
Saarland	291	-	291	418	-	418	441	-	441
Sachsen	314	325	314	495	631	427	422	454	399
Sachsen-Anhalt	327	279	328	415	497	388	361	450	339
Thüringen	298	331	297	436	528	403	407	458	388
Berlin	150	150	-	810	810	-	410	410	-
Bremen	250	250	-	686	686	-	460	460	-
Hamburg	225	225	-	540	540	-	470	470	-
Deutschland	336	309	337	470	569	418	402	450	372

Quelle: Stat. Bundesamt
 Fachserie 14, Reihe 10.1
 Realsteuervergleich
 27.11.2018

Entwicklung der Umlagesätze für die allgemeine/zusätzliche Kreisumlage - 2004 bis 2018

	2004			2005			2006			2007			2008			2009			2010			2011		
	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110
Dithmarschen	31	31	130	35	35	110	36	36	110	36	36	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37	37	110
Herzogtum Lauenburg	32	32	130	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110
Nordfriesland	32	32	110	35,5	32	110	36,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,5	32	110	35,575	32	110
Ostholstein	29,5	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	31,93	29,5	130	35	29,5	110	35	29,5	110	35	29,5	110
Pinneberg	34	34	140	39,75	30	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	37,75	20	113	39	20	110	39	20	110
Plön	31	31	140	33	33	130	33	33	120	33	33	120	33	33	120	33	33	120	35	35	110	35	35	110
Rendsburg-Eckernförde	28	28	130	30	30	130	32	32	110	32	32	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31	31	110
Schleswig-Flensburg	30	30	110	33	30	110	33	30	110	35	30	110	35	30	110	35	30	110	35	30	110	36,32	30	110
Segeberg ¹	31	31	130	31	31	130	36	31	130	36	31	130	36	31	115	36	31	120	36	31	120	37,5	31	110
Steinburg	29	29	130	33	29	130	33	29	110	33	31	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110	33	33	110
Stormarn	34	22	110	36,5	22	110	36,5	22	110	37,25	24	110	37,25	24	110	36,75	26	110	36,75	26	110	36,75	26	110
gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz	31,2			34,2			35,01			35,17			35,13			35,26			35,58			35,91		

¹ Die Haushaltssatzung 2006 des Kreises Segeberg ist hinsichtlich der Festsetzung des Schwellenwertes für die zusätzliche Kreisumlage auf 120 v. H. durch Urteil des OVG Schleswig-Holstein vom 12.12.2007 unwirksam geworden.

	2012			2013			2014			2015 ²	2016	2017	2018
	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110	allg.	zusätzlich	110				
Dithmarschen*	37	37	110	37	37	110	37	37	110	37,0	37,00	37,00	34,00
Herzogtum Lauenburg*	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,4	36,4	110	36,40	36,40	38,09	36,40
Nordfriesland	35,65	32	110	37	32	110	37	32	110	37,00	39,00	37,50	37,50
Ostholstein*	35	29,5	110	35	29,5	110	36	29,5	110	36,00	36,30	36,30	36,00
Pinneberg*	39	20	110	39	20	110	39	20	110	39,00	39,00	39,00	39,00
Plön*	35	35	110	35	35	110	35	35	110	36,00	36,00	35,30	35,00
Rendsburg-Eckernförde	31	31	110	31	31	110	31	31	110	31,00	31,00	31,00	31,00
Schleswig-Flensburg *	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	30	110	36,32	36,32	36,32	37,23
Segeberg	37,5	31	110	37,5	31	110	36,25	31	110	36,25	36,25	35,25	33,25
Steinburg	33	33	110	35	33	110	35	33	110	35,00	35,00	35,00	31,00
Stormarn	36,25	26	110	35,50	26	110	34,50	26	110	34,50	35,75	33,50	31,25
gewogene allg. Durchschnitts-umlagesatz	35,86			35,99			35,77			35,84	36,17	35,79	34,77

* Konsolidierungskommune

² mit dem neuen FAG zum 01.01.2015 ist das Instrument der zusätzlichen Kreisumlage entfallen

Steuersätze 2018 der kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte über 20.000 Ew. und Konsolidierungskommunen

	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Hundesteuer für den ersten Hund	Zweitwohnungs- steuer	Vergnügungs- steuer
Kreisfreie Städte						
Flensburg*	600%	690%	410%	132,00 €	12,0%	20,0%
Kiel*	400%	500%	450%	126,00 €	12,0%	18,0%
Lübeck*	400%	500%	450%	144,00 €	12,0%	18,0%
Neumünster*	390%	480%	410%	120,00 €	12,0%	16,0%
Kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern						
Ahrensburg	350%	350%	380%	80,00 €	X	13,0% ¹
Bad Oldesloe	390%	390%	370%	100,00 €	X	16,0%
Bad Schwartau	310%	310%	330%	84,00 €	X	13,0%
Eckernförde	370%	390%	370%	80,00 €	14,0%	14,0%
Elmshorn	370%	390%	390%	90,00 €	X	15,0%
Geesthacht	400%	400%	400%	120,00 €	X	20,0%
Heide	380%	390%	380%	120,00 €	8,0%	20,0%
Husum	350%	370%	350%	66,00 €	14,0%	14,0%
Itzehoe	370%	390%	370%	120,00 €	12,0%	14,0%
Kaltenkirchen	315%	315%	325%	60,00 €	X	12,0%
Norderstedt	300%	410%	440%	85,00 €	12,0%	15,0% ¹
Pinneberg*	380%	450%	390%	120,00 €	12,0%	20,0%
Quickborn	340%	350%	380%	66,00 €	X	15,4%
Reinbek	390%	390%	390%	90,00 €	X	14,0%
Rendsburg	370%	390%	370%	100,00 €	X	12,0%
Schleswig	380%	450%	370%	110,00 €	14,0%	14,0%
Wedel	380%	380%	380%	120,00 €	12,0%	13,0%
Konsolidierungskommunen unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern						
Lauenburg/Elbe*	470%	470%	395%	120,00 €	12,0%	16,0%
Schwarzenbek*	450%	450%	395%	120,00 €	13,0%	13,0%
Pellworm*	400%	450%	410%	145,00 €	15,0%	X
Uetersen*	390%	410%	390%	120,00 €	12,0%	18,0%
Bad Segeberg*	380%	425%	380%	144,00 €	12,0%	16,0%

* Konsolidierungskommune

¹ der elektronisch gezahlten Nettokasse (ansonsten der elektronisch gezahlten Bruttokasse bzw. des Einspielergebnisses)